

FaktenCheck: HELLAS

Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland

Nummer 3 Juni 2015

Reparationen & Griechenland (S. 2) ++ Originalkarte 1945: NS-Zerstörungen in Griechenland (S. 8) +++ Chalkidiki-Gold (S. 3) +++ Faschismus in Athen 1967-74 (S. 4) +++ Euro-Ausstiegsdebatte (S. 5) +++ Thessalonicher-Brief an Ev. Kirchentag (S. 6-7)

Die drei von der Profit-Tankstelle



Montage: Joachim Römer / Holger Deike

Griechenland steht vor der Staatspleite. Das ist auch dann der Fall, wenn es in diesen Tagen noch ein gewisses Nachgeben von Internationalem Währungsfonds (IWF), EU und Berliner Regierung gibt (z.B. Kreditrückzahlung auf Raten). Allein in den Monaten Juni bis September muss das Land mehr an seine Gläubiger zahlen, als es maximal – bei voller Auszahlung der letzten Tranche aus den zugesagten Krediten – von seinen Gläubigern bekommen kann. In den letzten Wochen ließen die Verantwortlichen in Athen die letzten Euros zusammenkratzen – sogar bei einem Fonds für Katastrophenhilfe. Empört reagieren die Medien: „Konten geplündert“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 13. Mai). Wer plündert wen? Die drastischen Maßnahmen in Griechenland kommen zustande, weil IWF, EU und Berliner Regierung das Land seit fünf Jahren *ausplündern*. Weil diese drei den Würgegriff seit fünf Monaten verstärken. Und dabei unsere Sinne vernebeln mit ihrem marktradikalen Geschrei nach „Reformen“ und „Austerität“.

Erzwungen wird in Griechenland seit 2010 eine strikte Austeritätspolitik. „Austeritas“ wird gewöhnlich übersetzt mit „Strenge“; auch mit „Rosskur“. Das klingt nach schwäbischer Hausfrau. Das Wort heißt im Lateinischen jedoch auch: das düstere, finstere Wesen. Das trifft die Sache besser. Erzwungen wird eine düstere, finstere Sparpolitik auf dem Rücken der Armen, der Arbeitslosen und der Normalverdiener. Auf diese Weise wurden in Griechenland seit 2009 die Reallöhne und die Renten um bis zu 30 Prozent gesenkt, die Staatsausgaben um 40 Prozent reduziert und die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor von 952 500 auf 573 900 abgebaut – ebenfalls ein Minus von knapp 40 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wurde auf mehr als

25 Prozent verdreifacht. Die Jugendarbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau von mehr als 60 Prozent hochgeschraubt. Selbst wenn wir die moralischen und die sozialen Aspekte beiseitelassen, so ist offenkundig: Diese Wirtschaftspolitik zeitigt auch gesamtwirtschaftlich finstere, düstere Folgen. Die – im übrigen unter Samaras eingesetzte – „Generalsekretärin für öffentliche Einnahmen“, Frau Aikaterini Savvaidou, stellt fest: „Ich brauche dringend mehr Personal, um Steuern eintreiben zu können. Vor allem: Steuerprüfer!“ Welch eine absurde Folge von „Austeritas“: unzureichende Staatseinnahmen.

Bringt diese Art Wirtschaftspolitik dann anderswo Fortschritte? Schlagen sich die sozialen und humanitären Opfer wenigstens in einem solideren Staatshaushalt nieder? Tatsächlich stiegen die Schulden Griechenlands seit 2010 – trotz Schuldenschnitt und trotz sogenannten Hilfsprogrammen. Vor allem steigen sie als Anteil am Bruttoinlandsprodukt drastisch an. Von 110 Prozent Anteil am BIP vor der Krise auf 2015 rund 180 Prozent (siehe rechte Spalte). Welch eine düstere Folge von „Austeritas“ – eine ständig *ansteigende* Verschuldung!

Ist Griechenland vielleicht die Ausnahme? Gibt es nicht all diese leuchtenden Beispiele von Peripherieländern, die „es geschafft haben“, von denen es

heißt Irland (Spanien, Portugal, Zypern usw.) sei „nicht Griechenland!“ Bei diesen Ländern, so IWF, EU und Berliner Regierung, zeige sich doch: Austerität wirkt! Die Ergebnisse lauten wie folgt: Irland hatte vor Verabreichung des Medikaments Austeritas eine Schuldenquote von 43 Prozent – 2014 waren es 110 Prozent. In Spanien kletterte dieser entscheidende Indikator von 53 auf 100 Prozent. Und in Portugal von 84 auf 130 Prozent! Selbst im Gesamtwirtschaftsverband Eurozone steigt der Verschuldungsgrad an – seit auf die Austeritätslinie eingeschwenkt wurde. Eine höchst finstere Folge der Austerität – die *allgemein ansteigende* Verschuldung.

Aber warum, so lässt sich fragen, kommt es dann zur Anwendung der Rezeptur Austeritas, wenn diese – neben katastrophalen sozialen Folgen – auch umfassende gesamtwirtschaftliche Nachteile zur Folge hat? Tatsächlich übersetzen sich die Nachteile in der Peripherie und bei den Menschen in diesen Regionen anderswo in Vorteile. Um nur drei zu nennen: (1) Die Zahlungsbilanzdefizite der genannten Peripherieländer betrugen seit 2009 mehr als 500 Milliarden Euro. Dem steht ein Plus in der deutschen Zahlungsbilanz von rund 1000 Milliarden Euro (seit 2009) gegenüber. (2) Der Finanzsektor blüht aufgrund der Verschuldung der Peripherie auf. Beispiel Griechenland. Das Land erhielt

offiziell seit 2009 227 Milliarden Euro neue Kredite – und zahlte im gleichen Zeitraum bereits 194 Milliarden für Zins und Tilgung. Seit 1991 zahlte Griechenland 664 Milliarden Euro für Zins und Schulden an Finanzinstitute – doppelt so viel wie der gesamte Schuldenberg. (3) Die Austeritätspolitik bewirkt EU-weit eine drastische Senkung der Arbeitskosten (oder der Einkommen der Beschäftigten). Die Löhne sinken vor Ort. Billige, gut ausgebildete Arbeitskräfte (Ärzte! Ingenieure!) werden von der Peripherie in boomende Zentren „exportiert“. Das sinkende Lohnniveau in der Peripherie wirkt EU-weit als Lohndumping. Neue kreative Modelle der Superausbeutung inbegriffen: In Irland gibt es bereits zehntausendfach die „zero-hour contracts“: Beschäftigte, die 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche auf Abruf zur Verfügung stehen müssen, im Gegenzug aber nur 15 Stunden pro Woche schlecht bezahlte Arbeit garantiert bekommen. Jeder sechste lebt in diesem Land unter der Armutsgrenze – jeder sechste *BESCHÄFTIGTE!*

Die Rezeptur Austeritas dient allein der Spekulation, den Zinsgewinnen und der Profitmaximierung. Sie vergiftet Europa – sozial, moralisch und gesamtgesellschaftlich. Solidarität mit der griechischen Bevölkerung heißt auch, in ganz Europa die sozialen und demokratischen Standards zu verteidigen.

Haltet den Dieb...

Das Sprichwort trifft zu auf die Aufge-regten, die dem griechischen Finanzminister Janis Varoufakis vorwarfen, er habe bei einem Eurogruppen-Treffen in Riga heimlich eine Tonaufnahme mit seinem Smartphone vorgenommen. „Unverschämte! Eine Zumutung!“, so schäumte die Tageszeitung *Die Welt* am 22. Mai. Das *Handelsblatt* titelte, kaum höflicher, am selben Tag: „Der unmögliche Minister“. Ein Vertreter der deutschen Regierung ließ sich zitieren mit: „Ein absolutes Unding.“

Berichtete Varoufakis über die Sitzung? Zitierte er Kollegen? Brach er die „Vertraulichkeit“, die laut Eurogruppen-Chef Dijsselbloem „Grundlage all dieser Treffen“ sei? Nichts von all dem. Das Gegenteil war der Fall. Umgekehrt plauderten mehrere Teilnehmer anderer Eurostaaten – so die Finanzminister aus Slowenien, aus der Slowakei und aus Österreich – nach dem Treffen ungehemmt tatsächliche oder reale Interna über das Treffen in Riga aus. Und alle waren sie gegen Varoufakis gerichtet. Dieser sei dort als „Amateur“, „Spieler“ oder als „Zeitverschwender“ bezeichnet worden. Der Vorgang an sich mag unwichtig sein. Ein kompletter Mitschnitt des Treffens dürfte im demokratischen, öffentlichen Interesse liegen. Doch die Art, wie die Mainstream-Medien mit neuem Griechen-Bashing reagieren, ist typisch für den Umgang der EU mit Griechenland.

Wahre Worte – aus dem Alpenland

In dem Blatt „Tages-Anzeiger“ aus der Schweiz vom 22. Mai war zu lesen: „Die Bilanz der bisherigen Rettungs-bemühungen für Griechenland sind niederschmetternd“. Trotz vieler und teurer Hilfspakete werde „der griechische Schuldenstand in diesem Jahr auf exorbitante 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen – verglichen mit 110 Prozent 2008. [...] Wenn das Schuldendrama in Griechenland eines gelehrt hat: Die Schuldentragfähigkeit eines Landes lässt sich primär durch stärkeres Wirtschaftswachstum und nicht durch möglichst hohe Haushaltsüberschüsse verbessern.“ Gefordert wird damit in dem großbürgerlichen Blatt eine Kehrtwende der EU-Politik gegenüber Griechenland um 180 Grad. Doch EU und IWF fordern das Gegenteil: den verschärften Austeritätskurs.

In eigener Sache

Dies ist die dritte Ausgabe der im April gegründeten neuen Zeitschrift FCH. Diese Ausgabe wird es auch in griechischer, englischer und französischer Sprache geben. Wenn möglich, wird FCH auch in gedruckter Fassung in den entsprechenden Ländern erscheinen. Herausgebende und Unterstützende – siehe S. 2. Wir bitten um großzügige Spenden, um massive Unterstützung und um optimale Verbreitung. Ihre FCH-Redaktion.

Behauptungen und Antworten:

Reparationen und Entschädigungszahlungen für NS-Verbrechen in Griechenland

Wenn in Deutschland das Thema „deutsche Verbrechen in Griechenland in der NS-Zeit“ angesprochen wird, dann gibt es an deutschen Stammtischen und in den deutschen Medien – die hier oft Stammtisch-Niveau haben – oft ausgesprochen aggressive Antworten. Selbst der SPD-Parteivorsitzende und deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel sagte dazu, eine Forderung nach Reparationen sei „ehrlich gesagt dumm“.

FaktenCheck:HELLAS veröffentlicht auf Seite 8 eine Karte zur Dokumentation der Zerstörungen, die die deutsche Besatzungsmacht in Griechenland anrichtete. Wir antworten im Folgenden auf die Standard-Behauptungen, die an Stammtischen und anderswo beim Thema deutsche Reparationen für Griechenland und Entschädigungszahlungen für NS-Verbrechen vorgebracht werden.

Behauptung Die Vorkommnisse in Griechenland im Zweiten Weltkrieg waren typische Begleiterscheinungen eines Krieges – bedauerlich, aber normal.

Antwort FaktenCheck:HELLAS (FCH) Das ist eindeutig falsch. Die NS-Verbrechen im Zweiten Weltkrieg sind einmalig und nicht zu vergleichen mit „klassischen“ Vorkommnissen in Kriegen. Es wurde systematisch gegen geltendes internationales Recht verstoßen (Haager Landkriegsordnung; Genfer Konventionen). Es gab keine vergleichbaren Verbrechen auf der Seite der Gegner des NS-Regimes. Es gab sie im Zweiten Weltkrieg in Ansätzen bei Japan, der mit dem NS-Regime verbündeten Achsenmacht. Was jedoch die Anklage gegenüber Deutschland nicht relativiert.

Behauptung All diese Vorkommnisse sind doch längst verjährt.

Antwort FCH Es gibt – zu Recht – keine Verjährung von Völkermord und keine Verjährung bei Verbrechen gegen die Menschheit.¹ Im Mai 2015 gab es in den Niederlanden eine Aufsehen erregende Entscheidung. Ein Gericht in Den Haag anerkannte die Entschädigungsansprüche von Hinterbliebenen von Freiheitskämpfern, die in den Jahren 1946 bis 1949 von der damaligen Kolonialmacht Holland im heutigen Indonesien ermordet worden waren. In jüngerer Zeit gab es mehrere Verfahren vor deutschen Gerichten, bei denen NS-Täter aus den Jahren 1940 bis 1945 zur Rechenschaft gezogen wurden. Man muss zurück fragen: Wie kann es sein, dass es in Deutschland 70 Jahre lang *versäumt wurde*, diese Verbrechen gegen die Menschheit aufzuarbeiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

¹ Die in Deutschland verwandte Bezeichnung „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ist problematisch, wenn nicht verniedlichend. Im Angelsächsischen heißt es zu Recht „Crimes against humanity – Verbrechen gegen die Menschheit“. Es geht bei dieser Form von Schwerstkriminalität nicht um ein Mehr oder Weniger an „Menschlichkeit“, was an „Menschenfreundlichkeit“ erinnert, sondern um Verbrechen gegen die Menschen schlechthin, gegen die Menschheit.



Behauptung Deutschland hat längst für die NS-Vergangenheit Schadenersatz und Reparationen gezahlt. Auch an Griechenland flossen ausreichend Gelder.

Antwort FCH Das trifft nicht zu. Deutschland hätte auf Basis der Inter-Alliierten Reparationskonferenz, die zur Jahreswende 1945/46 in Paris stattfand, eine große Summe an Reparationen an Griechenland bezahlen müssen. Die griechische Seite unterstrich dort ihre Forderungen u.a. mit dem Dokument, das FCH in dieser Ausgabe auf Seite 8 veröffentlicht. Bezahlt wurde ein Bruchteil der ermittelten Summe; der größte Betrag mit 115 Millionen DM floss im Jahr 1961. Diese Zahlung stand in einem fatalen Zusammenhang: Der Cheforganisator der Deportation griechischer Juden in die Vernichtungslager, Max Merten, der in Griechenland zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, wurde faktisch auf diese Weise von der Bonner Regierung freigesprengt. Im Februar 1953 schloss die BRD mit den Westmächten (USA, Großbritannien und Frankreich) das Londoner Schuldenabkommen. In diesem wurde die Reparationsfrage ausdrücklich auf einen späteren Friedensvertrag, den es nach einer Wiedervereinigung geben sollte, vertagt. Als es 1990 – unerwarteter Weise – zur Wiedervereinigung kam, wurde bewusst kein Friedensvertrag geschlossen. Die deutsche Regierung erklärte seither

einseitig, das Thema Reparationen sei „verjährt“. Griechenland hat dieser Position nie zugestimmt. (Siehe ausführlich in FCH01, S.4/5).

Behauptung Wenn man im Fall Griechenland nachgibt, dann könnten ja noch viele andere Länder kommen...

Antwort FCH Eine berechnete Feststellung. Nazi-Deutschland hatte den größten Teil von Europa besetzt. Daraus resultierten umfangreiche Reparationsforderungen. Einige Länder erhielten einen Teil ihrer Reparationsforderungen erstattet, also einen Ausgleich für die durch den Krieg angerichteten Schäden. Frankreich z.B. in Form von Reparationen in Südwestdeutschland und im Saargebiet. Die Sowjetunion und Polen durch Reparationsleistungen in der DDR. In einigen Fällen gab es vertragliche abschließende Regelungen, die als verbindlich angesehen werden können. Keine verbindlichen Regelungen gab es in der Regel beim Thema Entschädigungen für NS-Verbrechen. So brutal das Vorgehen des NS-Regimes in Griechenland war – es war nochmals brutaler in Polen, in Weißrussland (Bjelorussland) und in der gesamten Sowjetunion. Am aggressivsten agierte Hitler-Deutschland überall gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Übrigens auch in Griechenland. Siehe die Deportation der

jüdischen Bevölkerung in Thessaloniki (siehe S.7). Die Feststellung, dass das Thema Entschädigung für NS-Verbrechen und Reparationen in mehreren Ländern Europas nicht

Bundesregierung diese Schuld moralisch anerkennt. Der deutsche Außenminister Steinmeier hat auch diesen versöhnlichen Vorschlag brüsk abgewiesen.

Behauptung Aber warum kommen die Griechen denn ausgerechnet JETZT mit diesen Forderungen?

Antwort FCH: Zunächst ist es unwahr, dass Athen „jetzt“ damit kommen würde. Verschiedene griechische Regierungen haben dieses Thema immer wieder angesprochen. Auch die Vorgängerregierung unter Samaras erhob die Forderung nach Reparationen. Unter ihr wurde der Ausschuss des griechischen Parlaments eingerichtet, dessen

Ergebnisse in den letzten Wochen publik wurden. Dennoch gibt es selbstverständlich einen Grund, warum dieses Thema seit Anfang 2015 in besonderer Heftigkeit debattiert wird. Dieser Grund hat mit der Haltung der deutschen Regierung gegenüber der neu gewählten griechischen Regierung im Allgemeinen und in der Frage der griechischen Schulden im Besonderen zu tun. Deutschland tritt in dieser Situation besonders unnachgiebig auf. Schäuble wirkt geradezu unbarmherzig und zynisch – und als Einpeitscher bei der harten Linie in der EU und beim IWF. Es ist absolut nachvollziehbar, dass die Menschen in Griechenland vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit erbittert sind über die Haltung der deutschen Regierung und über diese Arroganz der Macht – und dass viele hier eine Kontinuität sehen.

endgültig geklärt ist, kann allerdings nicht eine Position rechtfertigen, wonach solche Verbrechen in Griechenland nicht thematisiert werden dürften.

Behauptung Die griechische Regierung will mit ihren Forderungen nur ihre Schulden mit den behaupteten Reparationen „verrechnen“.

Antwort FCH Das ist unwahr. Die offiziellen Äußerungen der griechischen Regierung weisen in eine andere Richtung. Griechenlands Außenminister Nikos Kotzias erklärte im Mai in einem ausführlichen Interview, dass es nicht um konkrete Geldforderungen gehen würde. Er regte vielmehr an, einen „Rat der Weisen“ einzurichten, besetzt mit deutschen und griechischen Persönlichkeiten, um dieses Thema endgültig und in einem fairen Austausch einer Klärung zuzuführen. Es geht den Griechinnen und Griechen in erster Linie darum, dass die

FaktenCheckHellas wird herausgegeben von:
Tom Adler *Stuttgart* IGM Stadtrat ehem. BR Daimler · Prof. Elmar Altvater *Berlin* · Rolf Becker *Hamburg* ver.di Schauspieler · Prof. Armin Bernhard *Essen* · Georg Brzoska *Berlin* Soziologe · Nikos Chilas *Athen/Berlin* Journalist (To Vima) · Prof. Ulrich Duchrow *Heidelberg* · Jochen Dürr *Schwäbisch Hall* · Lothar Geisler Marxistische Blätter Andreas Gkoffinopoulos und Leandros Fischer *Köln* Initiative „GriechInnen und ZypriotInnen gegen Austerität/NRW“ in Gründung · Annette Groth *Stuttgart* MdB Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe · Heike Hänsel *Tübingen* MdB · Jürgen Harrer *Köln* Verleger · Prof. Rudolf Hickel *Bremen* · Inge Höger *Berlin* MdB · Ulla Jelpke *Berlin* MdB · Angela Klein *Köln* Journalistin · Anton Kobel *Mannheim* ehem. Gewerkschaftssekretär hgv/ver.di · Bernd Köhler *Mannheim* Musiker · Gregor Kritidis *Hannover* Sozialwissenschaftler · Stephan Krull *Magdeburg* ehem. Betriebsrat VW · Prof. Hans Jürgen Krzymanski *Münster* · Sabine Leidig *Hanau* MdB · Volker Lersch *Berlin* Regisseur · Prof. Ingrid Lohmann *Hamburg* · Prof. Birgit Mahnkopf *Berlin* · Prof. Mohssen Massarrat *Berlin* · Prof. Norman Paech *Hamburg* · Alexis J. Passadakis *Berlin* Politikwissenschaftler · Tobias Pflüger Stellvertreter der Parteivorsitzender Die LINKE · Christine Prayon *Stuttgart* Kabarettistin · Nadja Rakowitz *Frankfurt/M.* express · Prof. Dr. Günter Rausch *Freiburg/Brsg.* · Werner Rügemer *Köln* Philosoph · Karl Heinz Roth *Bremen* Historiker · Conrad Schuhler *München* isw · Walter Sittler *Stuttgart* Schauspieler · Sybille Stamm *Stuttgart*, ehem. Landesbezirksleiterin ver.di, Vorstand Rosa-Luxemburg-Stiftung · Margarita Tsomou *Berlin* Kulturwissenschaftlerin · Dorothee Vakalis *Thessaloniki* Pfarrerin i. R. · Sahra Wagenknecht *Düsseldorf* MdB · Harald Weinberg *Nürnberg* MdB · Mag Wompe *Bochum* labournet.de · Lucas Zeise *Frankfurt/M.* · Prof. Christian Zeller *Salzburg* · Prof. Susan Zimmermann *Wien*

Die Funktionsangaben dienen ausschließlich der Kenntlichmachung der Person
Organisationen, Initiativen und Publikationen, die FaktenCheck:HELLAS unterstützen:
attac · akl – antikapitalistische Linke (in der Partei DIE LINKE) · express · Hamburger Solidaritätsgruppe Griechenland · isl · Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie · Sand im Getriebe – SIG · SAV

FaktenCheck:HELLAS Impressum — BESTELLEN!

FaktenCheck:Hellas hat acht Seiten. Aufgrund der niedrigen Abnahmepreise eignet sich FaktenCheck:Hellas ideal für ein Verteilen auf Veranstaltungen, für ein Auslegen in Kulturzentren, Bürger- und Gemeindehäusern, in Reisebüros oder auch in Kneipen, z.B. „beim Griechen“

Bezugspreise wie folgt:
– bei Bestellungen zwischen 1 – 99 Ex.: 25 Cent je Ex. · bei Bestellungen ab 100 Ex: 15 Cent je Ex. · Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Bitte nicht Vorkasse – nur nach Erhalt der Rechnung und mit Rechnungs-Nr.-Angabe bezahlen!

Redaktion Sebastian Gerhardt · Werner Rügemer · Mag Wompe · Winfried Wolf (V.i.S.d.P.)
Träger BFS – Büro für Frieden & Soziales e.V., An den Bergen 112, 14552 Michendorf
Konto (für Spenden, nicht Vorkasse) BFS e.V. MBS – Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

FaktenCheckHellas finanziert sich ausschließlich durch die oben aufgeführten Unkostenbeiträge für Zeitungen und durch Spenden.

E-Mail-Adresse für Bestellungen:
bestellen@faktencheckhellas.org
Website: www.faktencheckhellas.org

SYRIZA ist an der Regierung. Nicht an der Macht!

Ein Interview mit der Aktivistin Marina Karastergiou vom Koordinationskreis der Trägervereine Ierissos, Chalkidiki

Alexis J. Passadakis, Attac

Griechenland soll zum größten Goldproduzenten Europas werden. Das ist zumindest der Plan des Unternehmens Hellas Gold, das von dem kanadischen Konzern Eldorado Gold mit 95 Prozent Anteil an den Eigentumsrechten kontrolliert wird. Auf der nordgriechischen Halbinsel Chalkidiki, südöstlich von Thessaloniki, soll dazu ein neuer 200m tiefer Tagebau entstehen. Die Arbeiten haben bereits begonnen. Der Tagebau liegt in einer bergigen Region, die zu 90 Prozent aus Wald, teilweise Primärwald, besteht, und die ein Wasserreservoir für die Region ist. Dagegen formiert sich massiver Protest. Lokale Initiativen wenden sich gegen die weiträumige Zerstörung der Landschaft, vor allem aber gegen die Gefahren für die Menschen durch mit Zyanid vergiftetem Wasser. Mit dieser Chemikalie soll das Gold aus dem Geröll gelöst werden. Abgesehen von den Protesten gegen das Spardiktat bringt kein anderes Thema in Griechenland so viele Menschen auf die Straße, wie diese absehbare Katastrophe für Mensch und Natur.

Wie hat sich euer Protest gegen den Gold-Tagebau seit dem Wahlsieg von SYRIZA verändert?

Gleich vorweg: Wir haben beschlossen weiter zu machen. Ende März hatten wir eine Demo mit 10 000 Leuten in Thessaloniki. Unser Ziel ist es, den Goldabbau mittels Zyanid dauerhaft zu stoppen. Ich gehöre zu denjenigen, die denken, dass wir sehr, sehr starken Druck auf die Regierung aufbauen müssen, um das zu erreichen. Wir können uns nicht erlauben zu glauben, dass wir unsere Gesundheit und unsere Zukunft von der Couch aus retten können. Andere allerdings argumentieren, dass wir der neuen Regierung mehr Zeit geben müssen, dass wir ihr das Leben nicht zu schwierig machen dürfen. Viele setzen zur Zeit daher auf juristische Auseinandersetzungen. Ich hoffe, dass ihre Geduld nicht von langer Dauer sein wird. Es wird auf alle Fälle weitere Demos in den Bergen geben.

Hat SYRIZA seit Regierungsantritt denn schon konkrete Schritte unternommen?

Seit Januar gibt es zwei SYRIZA: Da gibt es die SYRIZA, die schon seit Jahren mit uns kämpft – in unseren lokalen Initiativen und auf der Straße. Und es gibt die neue SYRIZA als Regierungspartei. Natürlich ist SYRIZA weiter mit uns. Aber gleichzeitig ist SYRIZA als Regierung nun anders gebunden. Ganz praktisch hat SYRIZA die Lizenz von Hellas Gold zur Metallverarbeitung zurückgezogen, um eine Überprüfung durchzuführen. Das hindert Hellas Gold aber nicht daran, vor Ort Fakten zu schaffen. Die Zerstörung der Wälder beschleunigt sich rasant und ist ein echtes Desaster. Hellas Gold wird übrigens gegen den Lizenzentzug klagen. Außerdem gibt es das Abkommen mit den Troika-Institutionen vom 20. Februar. In diesem hat sich die griechische Regierung verpflichtet, keine „einseitigen Maßnahmen“, das bedeutet keine Schritte ohne Zustimmung der Gläubiger zu unternehmen. Auch deshalb ist ein tatsächlicher Entzug der Lizenz von Hellas Gold kaum machbar.

Aber wir lassen uns nicht stoppen, nur weil SYRIZA jetzt an der Regierung

ist und wir jetzt angeblich einem Minister helfen müssen, wie einige sagen. Wir wissen, dass SYRIZA die Mine gern schließen würde und an unserer Seite kämpft. Ich denke, SYRIZA muss sehr aufpassen, dass sie diese Regierung nicht wieder verliert. Die Bewegungen müssen ihre Anliegen weiter verfolgen, aber sie müssen auch darauf achten, dass SYRIZA weiter an der Regierung bleibt. Wenn wir wieder den rechten Premierminister Samaras kriegen, haben wir gar keine Wahlmöglichkeiten mehr. Wir haben ein Ziel, und das verfolgen wir unbeirrt weiter. Wir können auf die Probleme von SYRIZA keine Rücksicht nehmen. Wir haben unsere eigenen Probleme. Dieser Tagebau ist unser größtes Problem hier in unserer Region.

Hat sich seit Januar die Reaktion der Polizei auf eure Proteste verändert?

Am 5. April haben wir in den Bergen demonstriert. Und die Antwort der Polizei war sehr hart: Tränengas. Die Gegendemo der Bergarbeiter wurde von der Polizei abgeschildert und wir haben die ganze Repression abbekommen. Das ist auch nicht schwer zu verstehen. SYRIZA ist zwar in diesem Staat in der Regierung, aber nicht an der Macht. SYRIZA hat weder Kontrolle über die Polizei noch über die Justiz, wo die alten Regierungsparteien überall ihre Leute sitzen haben. Im übrigen glaube ich auch deshalb nicht, dass uns der juristische Weg letztlich helfen wird, den Tagebau zu stoppen.

Was sind eure nächsten Schritte?

Im Juni werden wir nach Athen fahren und dort Aktionen und Demonstrationen vor dem Umweltministerium durchführen. Und die Begleitung von Gerichtsprozessen hält uns auf Trab – Hunderte von uns haben wegen Aktionen Verfahren am Hals. Außerdem beginnen wir über das Handelsabkommen zwischen EU und Canada, CETA, zu informieren. Da Hellas Gold mehrheitlich kanadisch ist und ein aggressiver Investitionsschutz inklusive Unternehmensklagerechte im Vertrag steht, ist CETA für uns ein echtes Problem.

Wehrmachtsverbrechen vor deutschen Gerichten

Norman Paech [1999]

Wenn von Massenverbrechen der deutschen Wehrmacht die Rede ist, fallen die Namen Lidice, Oradour, Babi Jar – kaum andere. Die Orte Kragujevac in Serbien, Kortelisy in der Ukraine oder Distomo, Kalavrita, Kandanos, Klissoura und Kommeno werden nicht einmal in der „Enzyklopädie des Holocaust“ erwähnt – und dabei sind sie nur Einzelbeispiele zahlloser Orte in Ost- und Südosteuropa mit vergleichbaren Kriegsverbrechen. An der Quellenlage liegt diese Unkenntnis nicht. Einer der zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse, der Fall 7 gegen die „Südost-Generale“, handelte überwiegend von den Morden an Geiseln und „Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen“ an Partisanen auf dem Balkan. Doch die Geschichte dieser Verbrechen unterlag den gleichen Verdrängungs- und Legendenbildungsprozessen, dem die ganze Geschichte der Wehrmachtsverbrechen ausgeliefert wurde und an dem die deutsche Nachkriegsjustiz entscheidenden Anteil hatte.

Trotz Hunderten von Ermittlungsverfahren wurde wegen Kriegsverbrechen in Griechenland nur ein Hauptverfahren vor dem Landgericht Augsburg eröffnet. Es ging um die Erschießung von sechs Zivilisten auf Kreta. Das Gericht übernahm den Standpunkt der Wehrmacht, „dass mit dem Begriff Partisanen [...] alle Zivilpersonen im besetzten Gebiet verstanden wurden, welche der Begehung feindseliger Akte

[...] auch nur in etwa verdächtig waren.“. Damit qualifizierte das Landgericht diese Hinrichtungen als „völkerrechtliche Notwehr“ und sprach den Hauptmann frei.

Diese Argumentation war dafür verantwortlich, dass die anderen Ermittlungsverfahren sämtlich eingestellt wurden. Die Staatsanwaltschaft Bochum begründete die Einstellung gegen einen Kampfgruppenführer, der an einem der größten Massaker in Griechenland, dem „Unternehmen Kalavrita“, beteiligt war, mit der *Notwendigkeit* derartiger Repressalien. Diese seien „zulässige völkerrechtsmäßige Mittel gewesen, die [...] Partisanen zur *Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen*“.

Die Rechtfertigung derartiger Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung als „völkerrechtsmäßige Repressalie“ spielt auch heute eine Rolle bei der Weigerung der Bundesregierung, mit der griechischen Regierung überhaupt in einen Dialog über Wiedergutmachungsforderungen einzutreten.

Norman Paech ist emeritierter Professor und Politiker. Die FCH-Redaktion entnahm diesen obigen Text aus den Anfangszeilen eines umfangreichen Artikels, den N. Paech in der Zeitschrift „Kritische Justiz“ 1999 (Heft 3, S.380ff) veröffentlichte.

Ebenso traurig wie verblüffend: An der Situation hat sich seit 16 Jahren wenig verändert

Soziales Europa statt autoritäre EU! Demonstration am 20. Juni in Berlin

Margarita Tsomou und Alexis J. Passadakis

Angeichts des Spardiktats im europäischen Süden und des Massensterbens von Geflüchteten im Mittelmeer ist die Schmerzgrenze längst überschritten: Aus den viel gepriesenen Versprechen europäischer Integration – Demokratie, geteilter Wohlstand, Freiheit – ist nichts geworden: Es herrscht technokratischer, brutaler Wahnsinn. Am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag und dem Beginn der Griechenland-Solidaritätswoche des Weltsozialforums, werden wir in Berlin ausrufen: Diese EU ist nicht unser Europa. Und zwar zeitgleich zu ähnlichen Demonstrationen in Rom, London, Brüssel und vielen anderen Städten Europas.

Ja, es gibt sie, die Menschen, die es nicht mehr ertragen: Wie die Kosten der Eurozonen- und Finanzkrise auf die Bevölkerungen der europäischen Peripherie abgewälzt wird. Wie die Zukunft von Generationen auf dem Altar eines aus den Fugen geratenen Finanzsystems der 1% geopfert wird. Die, die es nicht einsehen, dass die Demokratie zum Witz verkommt, weil das Dogma des Neoliberalismus als alternativlos gilt – egal, wie gewählt wird. Und ja, es gibt sie, die sich darüber empören, dass mit TTIP und der gesamten

neoliberalen EU-Handelspolitik Umweltschutz und soziale Rechte nur als „Investitionshemmnisse“ klassifiziert werden.

Und ja, es gibt sie, die Menschen, die entsetzt sind, dass an den EU-Außengrenzen seit Jahren Tausende geflüchtete Menschen sterben. Dass statt der Bereitstellung von retten-den Fähren die militärische Frontex-Abschirmung verstärkt wird. Dass die EU auf Kriege und Armut mit Abschiebung antwortet und nicht mit Bleiberecht. Und dass die angekommenen Geflüchteten behandelt werden wie Kriminelle.

Auf das Streben nach einem Leben in Würde sowohl großer Teile der Bevölkerungen im Süden Europas als auch von Geflüchteten wird – in unterschiedlicher Form – mit Sündenbock-Rhetorik und Ausgrenzung reagiert.

Der Wunsch nach einem Europa der Demokratie und der Menschenrechte ist unerfüllt. Mit den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gibt es eine Chance das zu ändern!

Margarita Tsomou ist Mitherausgeberin des „Missy Magazin“; Alexis J. Passadakis ist aktiv bei attac. Siehe auch: www.europa-anders-machen.net

Schuldenschnitt für Griechenland statt neue Kredite

Sahra Wagenknecht

Statt mit Mafia-Methoden zu versuchen, von einem völlig verarmten Land weitere Sozialkürzungen zu erpressen, muss Kanzlerin Merkel einen Schuldenschnitt durchsetzen und Griechenland wirtschaftlich wieder auf die Beine helfen. Warum sollte die griechische Bevölkerung weiter bluten, nur damit Kredite ausbezahlt werden, mit denen alte Kredite abgelöst werden? Dieser unwürdige Kreislauf muss durchbrochen werden. Allerdings müsste Merkel damit eingestehen, dass sie zig Milliarden Steuergelder in den Sand gesetzt hat. Um den Schaden für die Steuerzahler zu begrenzen, sollten europäische Spitzentreffen dazu genutzt werden, um über eine europaweite Vermögensabgabe zu verhandeln.

Die Kanzlerin und die Schreibtischtäter in den Institutionen haben in Griechenland bereits genug Elend angerichtet. Sie haben Zahlen zur griechischen Schuldentragfähigkeit gefälscht und dem Land völlig übertriebene Rückzahlungsziele diktiert, die nicht einmal durch eine gnadenlose Kürzungspolitik erreicht werden können. Nach ihren eigenen Regeln hätten die Institutionen schon 2010 auf einem Schuldenschnitt für Griechenland bestehen müssen. Dann wären die Banken für ihre unverantwortliche Politik bestraft worden, die Steuerzahler wären verschont geblieben und den Griechinnen und Griechen hätte man viel Leid erspart.

Sahra Wagenknecht ist erste stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

Anmerkung: Es gibt einen Solidaritätsaufruf zugunsten von SYRIZA von Parlamentsmitglieder in ganz Europa, den bei FCH-Redaktionsschluss (3.6.) bereits 200 Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus dem Europäischen Parlament, aus nationalen und regionalen Parlamenten aus insgesamt 13 Ländern unterzeichnet haben. Siehe: <http://linksfraktion.de/nachrichten/vereint-linke-alternative-europa-solidaritaet-syriza/>

Griechenland: teurer NATO-Vorposten, immer noch

Werner Rügemer

US-amerikanische und britische Militärs zerschlugen nach 1945 in Griechenland den starken antifaschistischen Widerstand: Er durfte nicht an die Regierung kommen. Großbritannien und die USA unterstützten die griechischen Nazi-Kollaborateure und bauten mit ihnen den antikommunistischen Nachkriegsstaat auf. Die USA bauten in Westeuropa einen antikommunistischen Staaten- und Wirtschaftsblock auf. Die wichtigsten Instrumente dafür waren der Marshall-Plan und die NATO. Griechenland wurde 1952 NATO-Mitglied. Es sollte als südlicher Vorposten gegen die neuen sozialistischen Staaten und gegen Tito-Jugoslawien dienen. Die Gelder des Marshall-Plans (1947-1952) wurden auch an die griechische Regierung nur unter der Bedingung vergeben, dass Parteiensystem, Gewerkschaften und öffentliche Verwaltung von Kommunisten, Sozialisten und dergleichen gesäubert wurden.

Doch der demokratische Widerstand ließ sich auf Dauer nicht ganz unterdrücken. 1967 „drohte“ der Wahlsieg des gemäßigten Linksbündnisses Zentrumsunion. CIA und NATO („Plan Prometheus“) halfen griechischen Offizieren und Generälen bei einem Putsch und bei der Installierung eines faschistischen Regimes. Es agierte christlich-nationalistisch als „Retter des Hellenentums“. Oppositionelle wurden gefoltert und auf der KZ-Insel Jaros inhaftiert. Taxi-Lizenzen wurden nur vergeben, wenn die Fahrer als Polizeispitzel arbeiteten.¹

Mit CIA und NATO kamen US-Konzerne. Der US-Wirtschaftstycoon Tom Pappas – der griechische Auswanderer hatte einmal Papadopoulos geheiß – und seinen Familiennamen amerikanisiert – war mit den US-Präsidenten Eisenhower, Nixon und Johnson befreundet. Gleichzeitig war er CIA-Agent. Er baute schon vor dem Putsch in Griechenland eine steuerbefreite Tankerflotte auf und installierte den Ölkonzern Standard Oil of California aus der Rockefeller-Gruppe auf dem griechischen Markt. Mithilfe der Putschregierung baute Pappas dann in Griechenland Abfüllanlagen von Coca Cola auf, mit Lizenzen für den Nahen Osten.²

Die britische Labour-Regierung hatte nach dem Putsch verlangt, Griechenland aus NATO und Europarat auszuschließen. Britische Firmen verloren Aufträge. Doch die bundesdeutsche Regierung Kiesinger/Brandt mit Verteidigungsminister Strauß bestärkte westdeutsche Unternehmen, an die Stelle der britischen zu treten: Siemens, AEG, Dornier, Demag, deutsche Werften und der Frankfurter Henninger-Bräu erhielten Aufträge und durften Niederlassungen errichten.³ Das dabei jahrzehntelang gepflegte Korruptionssystem wurde

vor allem beim Siemens-Konzern aufgedeckt: Er schmierte regelmäßig sowohl die „sozialistische“ Pasok wie die „christliche“ Nea Demokratia, auch wenn nur die eine Partei an der Regierung war – es war war ja klar, dass die nächste Regierung nur von der anderen Partei gestellt werden konnte und sollte.⁴

Während der Zeit des Faschismus 1967 bis 1974 und danach wurde das griechische Militär aufgerüstet, unabhängig davon, welche „demokratische“ Regierung amtierte. Bis heute hat Griechenland einen im Vergleich zur Bevölkerungszahl rund doppelt so hohen Rüstungshaushalt wie andere Mitglieder der Europäischen Union. Griechenland ist der größte Rüstungsimporteur in Europa: Importiert werden zum Beispiel Jagdflugzeuge vom französischen Dassault-Konzern (Rafale) und von Lockheed (F-16), aus Deutschland Panzer (Krauss-Maffei Wegmann) und U-Boote (Thyssen-Krupp/Howaldtswerft). Die jeweiligen Regierungen mach(ten) Druck auf die Bezahlung, auch nach der Finanzkrise von 2008.

Hier haben führende Militärs, Politiker und Konzerne ein dichtes Korruptionsnetz gebildet. Bereits 2013 war der Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos zusammen mit 16 Verwandten und Mitarbeitern wegen des Empfangs von 55 Millionen Euro Schmiergeld beim Kauf deutscher U-Boote verurteilt worden – Teile des Schmiergelds hatte er an hunderte griechische Offiziere weitergegeben. 2014 zahlte die Rheinmetall Defence Electronics (Flugabwehrraketen) 37 Millionen Strafgeld für erwiesene Schmiergeldzahlungen in Griechenland.⁵

Aber erst unter der Syriza-Regierung kommt die griechische Justiz so richtig in Fahrt und rollt alte Fälle mit zahlreichen Angeklagten neu auf.⁶ Sie will nicht nur Strafurteile herbeiführen, sondern auch Schadenersatz erzwingen.⁷ Die Justiz ermittelt unter anderem gegen Eurocopter (Hubschrauber), STB Atlas Electronics, Krauss-Maffei Wegmann. Manager einiger Unternehmen wie Siemens und Ferrostaal wurden schon in Deutschland verurteilt, aber die griechische Justiz rollt die Fälle hinsichtlich der griechischen Mittäter neu auf.

Die griechische Hochrüstung hat also mit wohl verstandenen griechischen Interessen nichts zu tun. Sie wird von außen diktiert. Solche Rüstungskäufe sind wegen der Ausschaltung des Marktes sowieso bereits teurer. Sie wurden durch die Schmiergeldzahlungen an die griechischen Verantwortlichen und durch die „Kickbacks“ an deutsche Manager noch einmal verteuert: Insgesamt also eine Dreifach-Verteuerung. Und eine zusätzliche Ursache für die Staatsverschuldung.

Montage: Joachim Römer

Bei den „Reformen“ und „Sparmaßnahmen“ verlangte die Troika aus Internationalem Währungsfonds IWF, Europäischer Zentralbank EZB und Europäischer Kommission überhaupt keine Reform des Militärs und keine Kürzungen des Militärhaushalts!

4 Transparency International: Der Korruptionsfall Siemens, Baden-Baden 2009
5 Rheinmetall zahlt 37 Millionen Euro Strafe, Handelsblatt 10.12.2014
6 Ex-Siemens-Manager müssen in Athen vor Gericht, Handelsblatt 10.3.2015
7 Griechische Regierung fordert hunderte Millionen von deutschen Rüstungsfirmen, Huffington Post 23.3.2015

Deutsche Christen-Partei an der Seite der Faschisten

Wenige Tage nach dem Militärputsch vom 21. April 1967, mit dem die faschistischen Obristen die Macht in Griechenland übernahmen, gründete Fotios Gouras, CSU-Mitglied und persönlicher Freund des CSU-Chefs Franz-Josef Strauß, in München die „Nationale Bewegung der Griechen in der Bundesrepublik Deutschland“ – E.K.E. Die Organisation schmückte sich mit dem Faschisten-Emblem, einem Phönix mit einem bajonettbewehrten Soldaten. Die E.K.E.-Kader bespitzelten griechische Gastarbeiter in der BRD und terrorisierten griechische Studierende in Deutschland, die gegen die Junta protestierten. Strauß erklärte kurz nach dem Putsch: „Die Drachme ist jetzt die stabilste Währung der Welt.“ Die Obristen benutzten die Aussage, um Investoren ins Land zu holen.

Der persönliche Referent von Strauß, Marcel Hepp, reiste bereits in einem frühen Stadium nach dem Putsch nach Griechenland zu „politischen Beratungen“ mit den faschistischen Machthabern. Bald darauf landete dort Franz Sackmann, Staatssekretär im bayerischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr und sagte Wirtschaftshilfe zu. 1968 ging Gouras nach Athen – als Berater für den Vizepremier Nikolaos Makarezos. Nun spann er von dort ein engmaschiges Netz zwischen Athen und München. Bald darauf weilte Franz-Josef Strauß persönlich auf Staatsbesuch in Athen.

In deutschen Medien mehrten sich nun positive Berichte über das Athener Folter-Regime. Entsprechende Artikel gab es in der „Nürnberger Zeitung“, im „Regensburger Bistumsblatt“, in den „Stuttgarter Nachrichten“, in der „Welt“ und natürlich, im CSU-Organ „Bayern-Kurier“. Das TV-Magazin „Report“ brachte schön gefärbte Reportagen.

Nach dem Sturz der Junta stellte sich heraus: Das Athener Regime hatte sich nicht lumpen lassen – und deutsche Zeitungen und TV-Verantwortliche geschmiert. Der griechische Rechnungshof veröffentlichte Mitte der 1970er Jahre Abrechnungsbelege, die Zahlungen an deutsche Medien bzw. Medien-Leute aus den genannten Blättern bzw. dem erwähnten TV-Magazin dokumentierten. Ausbezahlt worden waren die Beträge von dem Presseattaché der Griechischen Botschaft in Bonn. Die Belege waren fein säuberlich datiert, mit Hinweis auf Titel, Medien und konkreten Angaben zu den veröffentlichten Pro-Junta-Artikeln und -Beiträgen versehen. Empfänger der Zahlungen waren auch prominente deutsche Journalisten.

Nach dem Sturz des Regimes 1974 endeten die Kontakte der CSU zu den griechischen Faschisten keineswegs. Bereits im Frühsommer 1975 war Strauß erneut in Athen. Er verlangte von der neuen Regierung unter Konstantin Karamanlis, die Junta-Obristen „im Interesse des inneren Friedens nicht zu verfolgen“. CSU-Mann Gouras gründete eine „Christdemokratische Partei Griechenlands“ (Chrike), mit deren Hilfe die CSU Einfluss auf die griechische Politik zu nehmen versuchte. Noch am 13. März 1976 eilte Strauß nach Athen und traf sich dort mit Ex-Ministern des ehemaligen faschistischen Regimes. Die Regierung Karamanlis protestierte gegen diese „Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes“.

Bericht und alle Zitate nach: Der Spiegel 39/1976

Waterboarding; griechisch

Das griechische faschistische Regime verhaftete nach dem Putsch vom April 1967 mehr als 10000 Personen – Linke, Gewerkschafter und Demokraten. Jahrelang mussten Tausende Menschen in Gefängnissen und auf Inseln mit Konzentrationslagern leben. Darunter war Prominente wie Mikis Theodorakis. Das Regime entwickelte eine breite Palette von Foltermethoden, die regelmäßig zur Anwendung kamen. U.a. die „Falanga“ („Die Fußsohlen werden mit einem Metallrohr oder einem Draht geschlagen“); „Folter durch Aufhängen“ („Der Gefangene wird mit Stricken oder Handschellen an Handgelenken, Füßen oder Ohren aufgehängt“); „Folter durch elektrische Schocks“ („An einigen Körperstellen werden Elektroden befestigt, durch die man starken Strom schickt. Die Foltertechnik wird im Allgemeinen auf die Genitalien angewandt – sowohl bei Frauen wie bei Männern“). Und: „Wasserbehandlung: Man gießt dem Gefangenen Wasser in Mund und Nase und schmirt ihm Tide, Seife, in Augen, Mund und Nase. Dabei schlägt man seinen Kopf auf die Folterbank, auf der er festgebunden ist.“

Zitiert nach: Schwarzbuch der Diktatur in Griechenland, Rowohlt, Hamburg 1970, S. 134; Basis: Berichte, die dem Europarat übergeben wurden.

1 Griechenland. Sieben Jahre Jucken, Der Spiegel 13/1974; Griechenland – Anatomie einer Diktatur, Der Spiegel 40/1968

2 Griechenland. Pappas: Prost auf P & P, Der Spiegel 38/1968

3 Griechenland. Handelsrepressalien, Rache für Rüge, Der Spiegel 32/1968

Und nun wohin?

Die verschiedenen Krisenlösungen in einer Nusschale mit Aufschrift „Hellas“

Sebastian Gerhardt



Montage: Joachim Römer / Holger Deikle

Die Kapitalflucht aus Griechenland hält an. Die Einlagen der Haushalte und nicht-finanziellen Unternehmen sanken im März um nur 2 Milliarden Euro, im April dagegen um 5 Milliarden. Nach dem großen Einbruch – von Dezember bis Februar waren es 24 Milliarden, davon die Hälfte im Wahlmonat Januar – hat sich die helle Panik in stabiles Misstrauen gegenüber den griechischen Banken verwandelt.

Auch die sonstigen Konjunkturdaten für Griechenland sind nicht gut. Die Wirtschaftsleistung stagniert. Die Steuereinnahmen lagen bis einschließlich März deutlich unter dem Vorjahr. Die Saison im griechischen Tourismus, die auch die Leistungsbilanz mit dem Ausland wieder ausgleichen kann, beginnt erst im Juni.

Tatsächlich bildet die Entwicklung der Bankeinlagen nur die Spitze eines Eisbergs. Einen wirklichen Eindruck von der angespannten wirtschaftlichen Lage Griechenlands geben die Monatsausweise der griechischen Zentralbank, der Bank of Greece. Wie schon zwischen Frühjahr 2010 und Ende 2012 muss die Zentralbank auch derzeit wieder ihre Bilanzsumme massiv erhöhen, um den Rückgang privater und öffentlicher Kreditwürdigkeit auszugleichen: Von November 2014 bis April 2015 von 91 auf fast 160 Milliarden Euro. Die Passiv-Seite der Bilanz weist die Euroabhängigkeit des griechischen Bankensystems aus: Die gesamte Geschäftszunahme der Zentralbank wurde durch eine erhöhte Kreditaufnahme beim Eurosystem finanziert. Volkswirtschaftlich gesehen ist es nicht richtig, dass Griechenland seit dem letzten Herbst seine Schulden „ohne Hilfe von außen“ bedient, wie manche Syriza-Kollegen sagen.

Allerdings handelt es sich dabei nur zu einem sehr kleinen Teil um „verdeckte Staatsfinanzierung“, wie dies Bundesbankchef Jens Weidmann behauptet und öffentlich beklagt. Flössen die neu aufgenommenen Kredite in den Staatshaushalt, dann hätte Yanis Varoufakis keine Liquiditätsprobleme. Sie fließen in die private Wirtschaft. Vor allem wird damit die Kapitalflucht ermöglicht, die den Druck auf die Syriza-Regierung täglich erhöht. Diese Wirkung ist aber beabsichtigt und wird von Herrn Weidmann nicht kritisiert. Die EZB hat Anfang Februar die Liquiditätsversorgung der griechischen

Banken massiv verteuert. Zugleich aber hat sie durch die Genehmigung der schrittweise Ausweitung der „Emergency Liquidity Assistance“ (ELA) der griechischen Zentralbank für den Verbleib Griechenlands im Netz der Eurozone gesorgt. Durch einen ELA- Stopp könnte die EZB eine Pleite des Landes in wenigen Tagen erzwingen. Sie tut es nicht. Da zeigt sich der eine Grund, warum die Eurogruppe immer noch mit der Regierung Tsipras verhandelt: Man hat Interesse an Griechenland.

Den anderen Grund hat der Chef des Euro-Rettungsschirms ESM Klaus Regling vor dem EU-Gipfel in Riga etwas widerwillig eingestanden. Befragt nach einem möglichen griechischen Zahlungsausfall sagte er: „Die griechischen Stelle haben wiederholt Zahlungsfähigkeit mobilisieren können, mehr als uns zuvor angekündigt wurde...“ Während in den Massenmedien gern über vermeintliche Amateure in Athen spekuliert wird, funktioniert das Liquiditätsmanagement des griechischen Finanzministeriums offenbar höchst professionell. Trotz der angespannten Lage werden die Löhne, Gehälter und Renten ebenso bezahlt wie der Schuldendienst. Und das sagt nicht nur etwas über die Qualifikation

der neuen Chefetage, sondern vor allem sehr viel über die Loyalität der Beamten und damit über die politische Stabilität der Syriza-Regierung aus. Linksradikalen mag das unheimlich sein. Denn es heißt ja auch, dass in Athen keine „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ stattfindet. Aber nicht nur Reformisten nach einem Wahlsieg, auch jeder Revolutionär war froh, wenn er am „day after“ auf erfahrene Verwaltungsfachleute zurückgreifen konnte. Das Ergebnis allerdings ist nur selbstverwaltete Austerität, bei minimalen sozialpolitischen Spielräumen.

Die weitere Entwicklung hängt nach Lage der Dinge nur zu einem Teil von den Griechen ab. Deshalb sind umfangreiche Erwägungen über die Qualität der Athener Reformpolitik nur ein Teil der Geschichte, ebenso wie die Berichte über erste Demonstrationen und Sozialproteste unter der neuen Linksregierung. Die großen Taschen haben die Herren und die Dame der Eurogruppe. Trotz aller Probleme sind diese Taschen gut gefüllt. Die Konjunktur in Euroland hat Fahrt aufgenommen. Das heißt nicht, dass es allen besser geht. Es heißt, dass die Unternehmensgewinne steigen und der Spielraum der Regierungen und der

Eurogruppe wächst, zuletzt vielleicht auch für kleine Zugeständnisse an Griechenland. Eine starke bürgerliche Familie erträgt auch ihre schwarzen Schafe, solange es nur wenige sind. Aus Sicht der Regierungen in Berlin und Paris, in Rom und Madrid ist Griechenland genau das: ein, aber auch nur ein schwarzes Schaf.

Die Eurogruppe wird Syriza wahrscheinlich einen wenig ehrenhaften Kompromiss anbieten: Eine Teilauszahlung aus den 7,2 Milliarden des letzten Pakets oder eine weitere Erhöhung der Obergrenze im ELA-Programm. Und Syriza wird annehmen und sich im Gegenzug zu Zugeständnissen verpflichten müssen.

Denn die griechische Regierung steht politisch in der EU völlig alleine da. Wer ihre Entscheidungen hierzulande als unzureichend links kritisiert, sollte zunächst seine Arbeitskollegen, Freunde, Nachbarn und Verwandten davon überzeugen, dass dringend eine andere deutsche Griechenlandpolitik nötig ist. Danach können sie oder er in der Kritik der Syriza-Politik fortfahren.

Zweifellos kann und muss man die Politik der griechischen Linkspartei kritisieren. Die Naivität, mit der ihre Vertreter nach dem Wahlsieg eine Kehrtwendung der Euro-Politik eingefordert haben, weist auf tiefliegende Irrtümer über den modernen Kapitalismus hin. Zum einen sehen Yanis Varoufakis wie sein Kritiker Costas Lapavistas den entscheidenden Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in der zahlungsfähigen Nachfrage und nicht etwa in der täglichen Arbeit, die allein die Reproduktion der Gesellschaft ermöglicht. Zum anderen halten sie die zahlungsfähige Nachfrage für weitgehend manipulierbar, weil mit Kreditfinanzierung vermeintlich aus dem Nichts für Absatz gesorgt werden könnte. Tatsächlich aber besteht der Kern des modernen Geldwesens darin, den Bestand des Privateigentums sicherzustellen. Auf dem Markt gibt es deshalb nichts geschenkt, schon gar nicht für Linke. Aber wie an beiden Irrtümern leicht festzustellen: Auch die Kritiker der Syriza-Mehrheit teilen zumeist ihr wirtschaftliches Weltbild. Leider.

Natürlich gibt es auch Alternativen, mehrere sogar. Nicht alle sind besser. Die griechische Regierung könnte versuchen, durch Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und eine Parallelwährung den Einfluss der EZB in Griechenland zu vermindern. Doch im Außenhandel kann man mit einer Binnenwährung nicht bezahlen. Und im Inland wäre die Frage, zu welchem Abschlag diese Parallelwährung gehandelt würde. Wie so etwas aussieht? Ein Beispiel für eine ebenso selbstverwaltete wie nachhaltige Austerität ganz außerhalb des Euro liefert die Wirtschaftsgeschichte Polens seit 1989. Kein Vorbild allerdings für eine solidarische Krisenlösung.

Ganz ungelegen käme ein Austritt Griechenlands aus dem Euro den Plänen für ein neoliberales Kerneuropa nicht. Auch Berlin hat einen Plan B. Um einer Finanzkrise nach dem Austritt Griechenlands vorzubeugen, werden verschiedene Länder der Eurozone bereit sein, sich einer weitgehenden Kontrolle über ihre Staatsfinanzen zu unterwerfen – im Gegenzug zu einer teilweisen Vergemeinschaftung der Staatsschulden in Euroland. Die Blaupause dafür liegt mit dem Gutachten des deutschen Sachverständigenrates vom Herbst 2011 auf dem Tisch. Alexis Tsipras hat diese Gefahr in seinem Beitrag für *Le Monde* vom 31. Mai erstmals wahrgenommen. Darin schreibt er von möglichen „Superfinanzminister“ der Eurozone, der die Haushaltspläne souveräner Regierungen zurückweist, wenn sie nicht ordentlich neoliberal sind.

Wer andere Alternativen will, muss anders an den Konflikt herangehen. Eine solidarische Politik für Europa kann aus Athen eingefordert, aber nicht dort erkämpft werden. Der Wahlsieg von Syriza ist nur dann ein Anfang, wenn weitere Schritte in anderen Ländern folgen. Und das braucht Zeit. Eine Überforderung des griechischen Aufbruchs ist politisch tödlich.

In einer äsopischen Fabel prahlt ein Reisender mit seinen großen sportlichen Leistungen auf Rhodos, bis ihn seine Zuhörer auffordern, sie vor ihren Augen zu bestätigen: „Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!“ Für politische Leistungen gilt das gleiche.

Anzeige

EINLADUNG

Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE
Pfefferberg, Schönhauser Allee 176
10119 Berlin
29. Juni 2015, 16 bis 20.15 Uhr

Unvergessen, Ungesühnt

Deutsche Verbrechen in Griechenland und die Frage der Reparationen

Mit:
Heike Hänsel, MdB, DIE LINKE, Entwicklungspolitische Sprecherin
Ulla Jelpke, MdB, DIE LINKE, Innenpolitische Sprecherin
Karl Heinz Roth, Historiker, Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Christina Stamouli, Mitglied des Koordinationskomitees des griechischen Nationalkomitees für die Entschädigung
Sarantos Theodoropoulos, Rechtsanwalt und Autor zum Thema deutsche Besatzung in Griechenland
Dimitrios Tzanakopoulos, Generalsekretär des Ministerpräsidenten der Hellenischen Republik
Gabi Heinecke, Vorstandsmitglied RAV
Yannis Stathas, Abgeordneter der Regierungspartei Syriza

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Eine andere SYRIZA-Position

Costas Lapavistas ist Wirtschaftsprofessor in London und seit Ende Januar Mitglied im griechischen Parlament, gewählt auf der SYRIZA-Liste. Lapavistas repräsentiert die linke Minderheit in SYRIZA. Er plädiert für einen schnellstmöglichen Austritt Griechenlands aus dem Euro. Seine Position in Auszügen:

„Ich sehe als Ökonom nur eine Lösung: Ausstieg aus dem Euro. Optimal wäre ein verhandelter Ausstieg, kein umkämpfter. Verhandelt heißt: Im Gegenzug müsste es einen 50-prozentigen Schuldenschnitt geben. Entscheidend wäre, dass der Ausstieg durch die EZB geschützt ist und die EZB dafür sorgt, dass die neue Währung nicht mehr als 20 % abwertet und die Banken überleben. [] Bei einem umkämpften Ausstieg müsste Griechenland sofort die Bezahlung seiner Schulden einstellen. Dann gäbe es Verhandlungen über eine Umschuldung [] Der IWF weiß, dass umgeschuldet werden muss. Es sind die EU und die Eurozone, die das bislang verhindern. Umschuldung heißt: Die Bedienung der Schulden kann warten, andere Probleme sind vordringlicher. [] In diesem Fall müssen sofort Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden. Sodann geht es darum, zu welchem Kurs die alte gegen die neue Währung umgetauscht wird. [] Die Banken werden umgehend verstaatlicht. Das Bankensystem, nicht nur das griechische, hat versagt, es muss komplett reorganisiert werden. [...] Die Gewerkschaften der Bankangestellten (...) wollen einen Beitrag bei der Reorganisation und Leitung der neuen Banken leisten. [...]“

Eine der Folgen der Sparpolitik der letzten Jahre war die Atomisierung der Gesellschaft [...] Ein Ausstieg aus der Währungsunion führt zum entgegengesetzten Ergebnis: Er schafft ein Gefühl des Zusammenhalts, von sozialer Solidarität und neuem Mut. Das setzt natürlich voraus, dass dieser Ausstieg von einer linken Regierung angeführt wird, die sich den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Armen verpflichtet sieht.“

Auszüge aus einem Interview mit C.L.,
erschienen im linken US-Magazin Jacobin; März 2015.

Ein anderer Thessalonicher Brief

„Das Recht ströme wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach!“

(Prophet Amos 5, 24)

Von Theologen und Theologinnen aus Thessaloniki/Griechenland

Thessaloniki Mai 2015
Wir wenden uns mit diesem Brief an alle, die am Evangelischen Kirchentag 2015 teilnehmen und an alle, die beunruhigt sind über die ökonomische Krise und ihre verheerenden Folgen für weite Teile der Bevölkerung in Griechenland. Wir suchen den Dialog, um gemeinsam der Propaganda und den Beleidigungen der Menschen in unserem Land und der neu gewählten Regierung entgegen zu treten und um für eine Berichterstattung über Griechenland und eine Politik zu werben, die an Gerechtigkeit und Gemeinwohl orientiert sind.

„Den andechoume allo! ...Wir halten es nicht mehr aus!“ ... In großer Verzweiflung hat die Bevölkerung Griechenlands bei der Wahl vom 25. Januar 2015 mehrheitlich ein entschiedenes NEIN zu der Politik der Regierenden und zu den Auflagen des IWF, der Banken und der Organe der EU gesagt. Die Regierungskoalition genießt bis heute eine ungewöhnlich breite Unterstützung in der Bevölkerung.

„Kann man dieser neuen unerfahrenen und linken Regierung wirklich vertrauen?“, werden wir immer wieder gefragt. „Was ist bei Euch in Griechenland gelaufen, dass es zu dieser humanitären Krise kam?“ Dazu wollen wir hier einige Hinweise geben.

Wir gehen davon aus, dass diese Krise die Folge eines weltweit brutal agierenden Kapitalismus ist, dessen oberste Prinzipien Profitgier und Ausbeutung von Mensch und Schöpfung sind. Menschenrechte und Gemeinwohl, Bewahrung der Schöpfung und Frieden gehören nicht in dieses Konzept. Der Kapitalismus ist eine frevlerische Wirtschaftsform auf Kosten von Mensch, Natur, Gesellschaft und Staat, und ein System, das zunehmend Gewalt entfaltet.

1. Situation der Kirchen Die Geschichte unseres Landes ist seit der Gründung des Nationalstaates 1830 eine sehr bewegte. Der Einfluss der Großmächte spielte dabei immer eine große Rolle. Die Bevölkerung wurde in einem überwiegend monokulturellen, national-orthodoxen Geist geprägt. „Griechisch sein“ hieß noch bis vor kurzem „orthodox sein“. Seit den 90er Jahren hat sich unsere Gesellschaft geöffnet und pluralistischer entwickelt; Migration und Information haben auch dazu beigetragen.

Die Regierung und der orthodoxe Erzbischof Hieronymus handeln in gegenseitigem Respekt angesichts der Herausforderungen der ökonomischen Krise. Es werden Anstrengungen unternommen, das Verhältnis Staat und Kirche neu und nach demokratischen Kriterien zu regeln und Minderheiten dieselben Rechte zu gewähren. Der Erzbischof hat seine Unterstützung zugesagt, durch das Eigentum der Kirche

zum Schuldenabbau beizutragen. Orthodoxe Kirchen sind neben vielen Einrichtungen der Zivilgesellschaft zu wichtigen Trägerinnen der Armenspeisungen geworden, mit viel ehrenamtlichem Einsatz und Spenden. „Noch eine Rentenkürzung können wir nicht mehr verkraften!“, so Metropolit Varnavas. In seinen Gemeinden in einem sozialen Vorort von Thessaloniki werden täglich mehr als 7000 Menschen mit Essen versorgt. Minderheitenkirchen können nicht mehr die Renten ihrer Pfarrer und ihre laufenden Kosten finanzieren. Auch sie führen Armenspeisungen und Flüchtlingsprojekte durch.

Gemeinsam mit Menschen aus Theologie und christlichem Engagement fordern wir alle Kirchen eindringlich dazu auf, dem „Rad in die Speichen zu fallen“ (Bonhoeffer). Neben dem karitativen Einsatz, „dem Pflegen der Opfer unter dem Rad“, müssen sie ihre prophetische Aufgabe wieder neu entdecken und wie die Propheten des Alten Testaments auch heute die ungerechten Praktiken der Mächtigen zugunsten Weniger heftig kritisieren. Christenmenschen gehören auf die Seite der Ausgebeuteten und der Notleidenden!

2. NS-Besatzung Griechenlands Die unruhige Geschichte unseres Landes beinhaltet auch die dreieinhalb Jahre andauernde brutale Besatzung, Plünderung und Zerstörung unseres Landes durch die Nazis. Die damit zugefügten Wunden sind bisher nicht wirklich behandelt und geheilt worden. Vor allem werden sie seit Jahrzehnten ausgeblendet und ignoriert. Die Menschen in Deutschland sind zu wenig informiert worden über diese unzähligen Gräueltaten der Wehrmacht und der SS-Einheiten überall im ganzen Land. [Anmerkung der FCH-Redaktion: siehe Seite 8] Und ihre Regierungen haben mit diplomatischen Tricks und unter Ausschluss des kleinen Partners Griechenland eine Lösung des Themas „Reparationsschulden und Kriegsanhleihe“ erfolgreich bis heute umgangen. Dass ein deutscher Historiker, Prof. Hagen Fleischer, dieses Taktieren der deutschen Regierungen öffentlich als „gänzlich unanständig“ bezeichnet hat, empfinden viele Menschen hier als eine Entlastung. Die Jüdische Gemeinde Thessaloniki kämpft zusammen mit dem „Zug der Erinnerung“ (<http://www.zug-der-erinnerung.eu>) darum, dass die Kosten für



Plakat / Einladungsposter:
Aristoteles Universität Thessaloniki // Abteilung Theologie — Wissenschaftliche Konferenz – „Kirche und Linke“

Festsaal der alten Philosophischen Fakultät AUTH; 22.-23. Januar 2013

Die Tagung fand statt unter der Schirmherrschaft des Rektors der Aristoteles Universität Thessaloniki und in Zusammenarbeit mit der Heiligen Synode der Kirche Griechenlands

die Eisenbahnfahrt in die Vernichtungslager, die die 46 000 Juden selbst zahlen mussten, von der Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn, der Deutschen Bahn AG, erstattet werden. Diese Forderungen unterstützen wir in vollem Umfang.

Wir erleben Initiativen aus Deutschland, die sich leidenschaftlich und tatkräftig für Versöhnung und Heilung dieser alten Wunden einsetzen. Wir klagen aber die deutsche Regierung an, dass sie sich weiterhin um die moralische und rechtliche Klärung gezielt windet und wendet. Wir kritisieren, dass Bundespräsident Joachim Gauck von Wiedergutmachung redet, die Kanzlerin vage einstimmt, und dann der Regierungssprecher alles wieder auf ein Maß der Unverbindlichkeit zurückschraubt. Dieser Umgang tut weh, besonders denen, die diese Gräuel selbst und in ihren Familien erlitten haben! Dieses Verhindern einer Klärung vergiftet das Klima zwischen den Menschen unserer Länder. Die neue Regierung ist die erste, die der

Frage der Kriegsschulden in einem offenen Diskurs, u.a. in einem Parlamentsausschuss, nachgeht und dazu beitragen will, dass endlich die geschichtlichen Fakten auf den Tisch kommen. Auch wir plädieren für einvernehmliche Absprachen zwischen unseren Ländern und für eine saubere rechtliche Klärung. Wir bitten besonders die Kirchenleitungen in Deutschland, diese Forderungen zu unterstützen.

3. Schulden Griechenlands Wir empfinden die Verlautbarungen aus der Politik und den Medien als arrogant und unangemessen, wenn mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die hohe Verschuldung unseres Landes gezeigt wird. Es darf der Bevölkerung Deutschlands nicht weiter suggeriert werden, dass für die Verschuldung Griechenlands allein die Menschen in Griechenland, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten, verantwortlich seien. Ja, viele haben hier mit Darlehen gelebt, mit Börsengewinnen und mit den Subventionen. Viele sind

auf den Konsumzwang abgefahren. Das trifft jedoch zum einen kaum auf die einfachen Leute und den Großteil der Bevölkerung zu. Zum anderen und insbesondere ist ein solches Habenwollen Teil des herrschenden Wirtschaftssystems und seines Wachstumswahns.

Wir erleben, dass die überall durchgeführte Austeritätspolitik mit der Euro-Einheitswährung Exportüberschüsse in wenigen reichen Ländern und Schulden in den armen Ländern des Südens erzeugt. Damit wird eine immer größere Ungleichheit zwischen den einzelnen Ländern wie zwischen den Menschen geschaffen. Durch diese Politik werden in Griechenland Menschen in extreme Armut (2014: 11%), unter die Armutsgrenze (34%) und in Arbeitslosigkeit (27%) getrieben, leiden Schulkinder (700 000) an Unterernährung und hängen 60 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit chancenlos herum. Es haben mehr als 6000 Männer und Frauen Selbstmord wegen hoher Verschuldung begangen. Die Ärzte in den staatlichen Krankenhäusern gehen auf die Straße, weil sie die Versorgung der Kranken nicht mehr gewährleisten können. Es fehlt überall an Personal, es fehlt an den einfachsten Sachen wie Verbandszeug, Hygienemitteln und Bettwäsche. In diesen Tagen werden die letzten Reserven unseres Staates an Nothilfen, Rücklagen der Rentenkassen und der Kommunen zusammengekratzt, nicht um diesen Notständen Abhilfe zu schaffen, sondern um den Verpflichtungen gegenüber dem IWF und den Banken nachkommen zu können!

Befreien Sie Menschen in Deutschland von der verbreiteten Angst, dass sie mit ihren Steuergeldern für die Schulden der Griechen und Griechinnen aufkommen sollen! Erklären Sie, dass Deutschland bislang von den Schulden der anderen und den eigenen Exportüberschüssen immens profitiert! Wie viel Zinszahlungen hat Deutschland schon aus den zahlreichen verschuldeten Ländern bekommen? Wenn die Deutschen bisher mit ihren Steuergeldern etwas zahlen mussten, dann waren es doch diese Milliardenpakete, die ihre Politiker bereitwillig zu den Banken getragen haben, die sich verspekuliert hatten.

Wir unterstützen die Überprüfung von Staats-Schulden, wie sie der Wahreitsausschuss des griechischen Parlamentes (www.GreekDebtTruthCommission.org) zurzeit durchführt. Wir plädieren für eine internationale Schuldenkonferenz für Griechenland, vergleichbar der Londoner Schuldenkonferenz 1953, auf der Deutschland ein Großteil der Schulden erlassen wurde. Griechenland hat damals dieses Abkommen mit unterzeichnet, also zur Entschuldung Deutschlands beigetragen. Damit haben alle Unterzeichner dem am Boden zerstörten Deutschland einen Neuanfang ermöglicht.

Erklärung der FCH-Redaktion

Wir freuen uns, dass wir diesen gemeinsamen ökumenischen Brief von Frauen und Männern verschiedener Kirchen in Griechenland, darunter prominente Professoren und Professorinnen, der Dekan einer Fakultät, eine Dichterin, eine Islamwissenschaftlerin und ein Priester und Mitglieder im Ökumenischen Rat der Kirchen in unserer Zeitung veröffentlichen können. Er richtete sich an den Evangelischen Kirchentag, der in Stuttgart vom 3. bis zum 6. Juni mit mehr als Hunderttausend Besucherinnen und Besuchern stattfand.

Möge dieser Brief Türen öffnen und neue Diskurse entfachen.

Redaktion von FaktenCheck:HELLAS

4. Rechtsextreme und faschistische Gefahr

Eine Politik der Ungleichheit bereitet den Nährboden für Nationalismus und Faschismus.

In Deutschland hören wir von großen Demonstrationen gegen Islam, Fremde und Flüchtlinge. Bei uns sind wir sehr beunruhigt über das Anwachsen der faschistischen Partei, der drittstärksten im griechischen Parlament, die auch Sympathisanten bei der Polizei, im Militär und auch in der Orthodoxen Kirche hat. Seit dem 2. Weltkrieg haben diese Kräfte, die mit den Nazis kollaborierten, ihre Strukturen systematisch ausgebaut und während der Diktatur 1967-74 staatlich zementiert, immer auch vernetzt mit faschistischen Kräften in Deutschland. [Anm. d. FCH-Red.: siehe Seite 4] Wir müssen also aufmerksam und entschieden alle undemokratischen Machenschaften bis heute aufdecken und abwehren und immer wieder eine demokratische Kultur und den Respekt vor der Menschenwürde aller einfordern. Zurzeit läuft ein Gerichtsverfahren gegen die faschistische Partei mit dem Vorwurf einer kriminellen Vereinigung. Wir warnen davor, dass diese Kräfte nach einem vorstellbaren Zusammenbruch unseres Staates den Unmut der Bevölkerung ausnutzen und zu Gewalt und Ausschreitungen anstiften werden. Diese würden nicht mehr zu kontrollieren sein und die Demokratie in ganz Europa gefährden. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang zu Recht darauf verwiesen, dass sich Griechenland an einer äußerst

sensiblen geografischen Lage befindet. Wir plädieren für eine pluralistische und friedliche Gesellschaft!

5.) „Linke Regierung“ und Demokratie Diese neue Regierung kann nur mit der aktiven Beteiligung und Unterstützung seitens der Zivilbevölkerung und bei stetiger Rückkoppelung mit dieser den Aufbau einer gerechten und solidarischen Gesellschaft in Griechenland erfolgreich vorantreiben. Die wesentlichen Maßnahmen, die diese neue Regierung in den ersten Wochen ihrer Existenz unternahm, galten der sozialen Existenzsicherung und der Linderung größter Not. Eine Regierung, die sich christlichen Grundsätzen wie der Nächstenliebe verpflichtet gefühlt hätte, hätte kaum anders gehandelt. Wir sehen jedoch, wie die Geldgeber – EU und IWF – den immensen Druck auf die Regierung und Gesellschaft immer mehr steigern, um die gescheiterte Politik der Troika mit neuen Rentensenkungen, neuer Mehrwertsteuererhöhung und verstärkten Privatisierungen fortzusetzen. Damit werden zugleich die Bemühungen um soziale Gerechtigkeit zerstört und die zarte Pflanze Hoffnung auf einen demokratischen Aufbruch zertreten.

In unserem Land ist eine linke Regierung nicht von vornherein verdächtig. Es hat immer wieder Verbindungen gegeben zwischen Linken, Kommunisten und Sozialisten einerseits und Christen andererseits. Gegen die Nazi-Besatzung haben Priester auf der Seite des Wider-

standes gekämpft. Priester, Theologen und Christenmenschen haben sich offen zu einem Kommunismus und Sozialismus mit einem menschlichen Gesicht bekannt. Auch wenn Vertreter der Orthodoxen Kirche oftmals mit dem rechten Establishment paktiert haben, gibt es in ihr und in ihrem Umfeld doch demokratische und sozialistisch gesinnte Menschen. Die Theologische Fakultät der Universität Thessaloniki führte im Januar 2013 eine große Konferenz durch mit dem Thema: „Die Kirche und die Linke“. An ihr nahm fast die Hälfte der Mitglieder der Heiligen Synode der Orthodoxen Kirche teil.

In dem Geist, dass „kapitalistische Politik tötet“¹, treffen sich christliche Initiativen mit vielen der Zivilgesellschaft. Diese Initiativen zu fördern und auch über unsere Grenzen zu vernetzen ist unser Anliegen. Deshalb schicken wir Ihnen unseren Brief. Wir bitten Sie herzlich darum, in Ihren Gemeinden, Synoden, Ausschüssen und Akademien unsere Hinweise und Bitten aufzunehmen und zu bedenken! Wir freuen uns auf Ihre Besuche in Griechenland!

Lassen Sie uns gemeinsam für ein solidarisches, menschenfreundliches Europa arbeiten!

Prof. Miltiadis Konstantinou, Prof. Dimitra Koukoura, Prof. Christos Tsironis, Prof. Stylianos Tsompanidis, Dorothee Vakalis-Fölster Pfrin i.R., Sotiris Mpoukis M.Th., Prof. Nikolaos Maghioros, Prof. Niki Papageorgiou, Prof. Angeliki Ziaka, Anastasia Gkitsi M.Th., Dr. Fotios Diamantidis, Pater Prof. Ioannis Skiadaressis, Prof. Panagiotis Yfantis

Kontakt:
thessalonicherbrief2015@gmail.com

¹ Siehe die Dokumente des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf wie „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ und „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“, ebenso das Apostolische Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus und die wenig beachteten, eindrucksvollen Griechenland-Berichte des UNO-Experten Cephias Lumina, dem unabhängigen UN-Experten für die Auswirkungen der staatlichen Auslandsverschuldung auf den vollen Genuss der Menschenrechte.

noch gab, das Fahrgeld. In wenigen Fällen, wenn es auf jüdischer Seite niemanden mehr gab, von dem der Bluttransportzoll einzutreiben war, berechnete die Reichsbahn den Betrag der SS und bekam ihn von der Terrororganisation auch erstattet.

Der Brief geht ausführlich darauf ein, dass es in den vorausgegangenen Jahren gelang, eine teilweise Rückerstattung vergleichbarer Transportkosten von der französischen Staatsbahn SNCF, die im Auftrag der Deutschen Reichsbahn Judentransporte in Vernichtungslager organisierte, zu erreichen. Auch polnische Holocaust-Überlebende erhoben bereits öffentliche Anklage gegen die Deutsche Bahn AG wegen vergleichbarer Transportkosten. Dazu heißt es in dem Brief: „Infolge diplomatischer Konsultationen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung wurde vereinbart, die Deutsche Bahn AG 5 Millionen Euro anbieten zu lassen (im Tausch gegen eine Verkehrslizenz für die Deutsche Bahn AG in Polen).“

Der Brief endet mit den Sätzen: „Wir verlangen von Ihrem Unternehmen, die Jüdische Gemeinde von Thessaloniki als berechtigte Vertreterin der jüdischen Holocaust-Opfer von Thessaloniki in vollem Umfang zu kompensieren. Kopien der Bahnkarten stehen zur Verfügung.“ Unterzeichnet ist der Brief von Hans-Rüdiger Minow, Vorstandssprecher Zug der Erinnerung e.V., Bundesrepublik Deutschland, und von David Saltiel, Präsident Jüdische Gemeinde von Thessaloniki, Republik Griechenland.

Plattform von FaktenCheck:HELLAS Griechenland retten! Europa neu gründen!

Die bisherigen sogenannten Rettungsmaßnahmen der Troika haben Griechenland nicht gerettet, sondern tiefer in die Katastrophe gestürzt: noch höhere Staatsverschuldung, noch größerer Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit, noch größere Arbeitslosigkeit und tiefere Armut. Die Rettung galt v.a. deutschen und französischen Banken.

Die damalige Oppositionspartei Syriza hat die damaligen Regierungen der Ministerpräsidenten Papandreou und Samaras davor gewarnt, die vergifteten Kredite aufzunehmen. Doch die Regierungen der griechischen Parteien Pasok und Nea Demokratia haben die Kredite angenommen – in Abstimmung mit ihren deutschen Partnerparteien SPD und CDU/CSU.

Wir begrüßen, dass die neue griechische Regierung in einem ersten Schritt 200 Millionen Euro für Hilfen an die ärmsten Krisenopfer bereitstellt – auch ohne Schäuble oder Juncker um Erlaubnis zu fragen. Wir unterstützen weitere solche Maßnahmen, die den Menschenrechten auf Schutz vor Armut, vor Wohnungslosigkeit und dem Schutz der Gesundheit und der Bildungsmöglichkeiten entsprechen.

Wir unterstützen einen Schuldenschnitt. Jeder Mensch, der 1 und 1 zusammenzählen kann, erkennt: Das von der Troika so zugerichtete Griechenland kann seine Schulden niemals zurückzahlen. Diese zerstörerische Logik wird nicht dadurch gewendet, dass Griechenland noch weiter stranguliert wird. Wir fordern, dass alle, die für die Überschuldung Griechenlands mitverantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden: Banken, Ratingagenturen, Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank, frühere Regierungsmitglieder und ihre Berater. Sie haben den erschummelten Eintritt Griechenlands in die Eurozone, die Ratings, die aufgenötigten Kredite und die katastrophalen Folgen zu verantworten.

Wir unterstützen, dass die mögliche Rückzahlung nicht aller, sondern nur der legitimen Schulden an den wirtschaftlichen Aufschwung, an die Wahrung der Menschen- und Arbeitsrechte, an die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und an die Souveränität der griechischen parlamentarischen Institutionen gebunden wird.

Wir unterstützen die griechische Regierung, Praktiken der Vorgängerregierungen zu revidieren: exzessive Beauftragung privater angloamerikanischer Berater, finanzielle Sonderrechte für Minister und Abgeordnete (Autos, üppige Reisekosten und Aufwandsentschädigungen u.ä.). Dies sehen wir auch als beispielhaft an für die Europäische Kommission, das EU-Parlament und die meisten Regierungen und Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten.

Wir fordern, dass die EU und die EU-Regierungen nicht wie bisher den Vermögenden und großen Unternehmen die Instrumente der Steuerhinterziehung zur Verfügung stellen. Dies gilt insbesondere für Luxemburg, das unter dem langjährigen Ministerpräsidenten und heutigen Kommissionspräsidenten Juncker zur zweitgrößten Finanzoase der Welt ausgebaut wurde.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Verringerung der überproportionalen griechischen Rüstungsausgaben führen. Diese Folgen des von den USA und der Nato unterstützten Militärputsches des Jahres 1967 müssen beseitigt werden. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Aufdeckung der Regierungskorruption der letzten Jahrzehnte und ihrer Folgen dienen. Wir unterstützen auch die Forderung, dass deutsche und französische Rüstungsfirmen gegebenenfalls Schadenersatz an Griechenland zahlen. Wir fordern, dass die Justiz in den EU-Staaten den griechischen Behörden konsequente Amtshilfe gewährt.

Die EU feiert sich als Friedensmacht. Doch die Versöhnung nach der nationalsozialistischen Besetzung Europas war oft nur oberflächlich – insbesondere im Falle Griechenlands. Vor allem die deutsche Regierung hat die Reparationsfrage gezielt verdrängt. Die deutsche Seite muss sich zu Reparationszahlungen verpflichten. Die griechische Seite hat dazu die Einrichtung eines „Rats der Weisen“ vorgeschlagen. Unabhängig davon muss der Kredit zurückgezahlt werden, den das Hitler-Regime Griechenland 1942 aufgezwungen hat.

Die Verantwortlichen wissen, wie man eine überschuldete und am Boden liegende Volkswirtschaft auf die Beine bringt. Die BRD wurde als Rechtsnachfolgerin des „Dritten Reiches“ in der Londoner Schuldenkonferenz 1953 von den meisten Vorkriegs- und Kriegsschulden entlastet, Investitionen wurden gefördert, der Sozialstaat ausgebaut, die Gewerkschaften bekamen wieder Rechte. Warum soll das, was dem Rechtsnachfolger des Dritten Reiches gewährt wurde, dem Opfer Griechenland vorenthalten werden?

Europa muss neu begründet werden. Wirtschaftliche Entwicklung muss ökologisch und sozial ausgerichtet und verbunden werden mit Gerechtigkeit, mit der Festigung und Installierung demokratischer Prozeduren, mit Frieden und Völkerverständnis. Hass, Demütigung und Verachtung gegenüber Griechenland sind unvereinbar mit europäischen Werten. Wir ermuntern alle Initiativen, Bewegungen und Parteien, die sich in den anderen europäischen Staaten auf einen Weg wie Syriza in Griechenland begeben haben. Wir unterstützen jede Form gegenseitiger Information, Vernetzung und demonstrativer Aktionen. Auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten steht die Ablösung solcher Regierungen an, die aus Überzeugung, Erpressung, Korruption oder Dummheit an der Troika-Politik festhalten.

ΚΑΤΑΣΤΡΑΦΕΙΣΑΙ ΠΟΛΕΙΣ & ΧΩΡΙΑ ΣΥΝΕΠΕΙΑ ΤΟΥ ΠΟΛΕΜΟΥ 1940-1945 Α΄ ΕΚΔΟΣΙΣ ΑΘΗΝΑΙ 1945

